

Zur Mentalitätsgeschichte einer "Verluderung"

Autor(en): **Züfle, Manfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **100 (2006)**

Heft 5

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Mentalitätsgeschichte einer «Verluderung»

Eine erstaunliche Trouvaille steht am Anfang dieses Textes: Ein Zürcher Regierungsrat entwirft bereits 1945 die Grundzüge der folgenden Jahrzehnte schweizerischer Migrationspolitik, die ausländische Arbeitskräfte als Manövriermasse der Wirtschaft, als eigentliche Konjunkturpuffer, behandeln sollte. «... und es kamen Menschen», wie Max Frisch sagte. Manfred Züfle analysiert die Abwehrdeologie, die einmal «Geistige Landesverteidigung» hiess und zur Zeit des antifaschistischen Burgfriedens ihre Berechtigung haben mochte, dann aber gegen alles und jedes mobilisiert wurde, was dem bürgerlichen Konsens zuwiderlief – vom «Kommunismus» bis zur «Überfremdung». Bei diesem Stück Mentalitätsgeschichte handelt es sich um den Vorabdruck aus einem Buch zur Asylpolitik in den vergangenen und kommenden Jahrzehnten. Der Verfasser schreibt es zusammen mit Anni Lanz im Auftrag von Solidarité sans frontières. Es soll noch in diesem Sommer erscheinen.

Red.

Ein Regierungsrat sagt 1946, wie es sein wird in diesem Land

Im 1945 neu geschaffenen Sendegefäss «Echo der Zeit»¹ gibt ein *Regierungsrat Henggeler* aus dem Kanton Zürich staatsmännische Auskunft zu einer Situation, die man nach dem Krieg nicht erwartet hatte. «Merkwürdig» sei es doch, sagt ein klug besorgter Interviewer, da habe man nach dem Zweiten Weltkrieg wie nach dem Ersten und dann in den Dreissigerjahren eine grosse Arbeitslosigkeit befürchtet, und nun fehlten die Arbeitskräfte. Der Regierungsrat weiss, was Sache ist: *Hochkonjunktur*. Da seien einmal die stetig wachsenden Aufträge aus dem Ausland, die die Exportindustrie auslasteten. Und im Inland stelle man, wie sich der Magistrat ausdrückt, «angestauten Arbeitsvolumen» fest. In der Landwirtschaft, in der Textilindustrie, in der Gastwirtschaft, in den Spitälern und in den Hausdiensten, vor allem aber im Bausektor stünden wir vor gewaltigen Aufgaben. Überall fehlten die Arbeitskräfte.

Die Frage, ob sich denn die Lücken nicht durch mehr und bessere Maschinen, durch «*Rationalisierung*» der Arbeit – das Wort fällt schon! – stopfen liessen, beantwortet der Magistrat mit dem Hinweis, die Hochkonjunktur währe ja wohl nicht ewig, die neuen effizienten Maschinen stünden dann in den Betrieben und produzierten, während die Arbeiter arbeitslos würden. Die Lösung bestünde also klüger darin, sich ausländische Arbeitskräfte zu holen.

Der Reporter meldet Bedenken an. Ob denn die Fremden nicht mit niedrigen Löhnen das *Lohnniveau drücken* könnten. Der Regierungsrat zählt auf «aufgeschlossene heimische Arbeitnehmer», die genau wüssten, dass die Behörden die notwendigen Massnahmen natürlich getroffen hätten. Dass erstens die Arbeitgeberverbände beauftragt seien, an den richtigen Orten die richtigen Arbeitskräfte aufzutreiben und dass natürlich strenge Kontrollen vor-

gesehen seien. Die Ausweis-papiere der ausländischen Arbeiter müssten gültig sein und eine gesicherte Rückkehr in die Heimatländer gewährleisten, «so dass», regierungsrätlicher O-Ton, «jederzeit der betroffene fremde Arbeiter vom Heimatstaat zurückgenommen wird».

Auch die *politische Gesinnung* der Fremden werde voraus überprüft, und zwar durch die schweizerischen Konsulate im Ausland, und die klärten auch via Vertrauensärzte den Gesundheitszustand der für die Schweiz Arbeitswilligen ab. Es folgt der Einwand des Radiomannes, die Schweizer Arbeiter hätten aber auch sehr konkrete heisse Forderungen an die Ar-

bei auch nicht nötig, denn, regierungsrätlicher O-Ton: «Es ist ja klar, dass jeder Ausländer jederzeit vom Arbeitsmarkt weggenommen und heimgewiesen werden kann, sofern genügend einheimische Arbeiter vorhanden sind.»

So ist der Regierungsrat zutiefst überzeugt, dass besagter «aufgeschlossener schweizerischer Arbeitnehmer» mit der vorgesehenen Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes einverstanden ist, insbesondere deshalb, weil er sicher sein kann, dass die «Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern und der Fremdenpolizei» gewährleistet ist. Also bleibt nur noch die Frage, woher



beitgeber, die Forderung vor allem nach dem Reallohn vor dem Krieg, und das könne sehr wohl zu Konfliktsituationen führen. Was denn bei einem *Streik* geschähe, an dem die Ausländer nicht teilnehmen könnten? Für den Magistraten ist es klar, dass die Behörden keinerlei Störung des Arbeitsfriedens dulden würden. Es sei erstens klar, dass die Arbeitgeber verpflichtet seien, die orts- und branchenüblichen Löhne auch an Ausländer zu bezahlen. Es komme überhaupt nicht in Frage, dass ausländische Arbeiter in einem Konfliktfall als Streikbrecher eingesetzt werden könnten, das allerdings

die ausländischen Arbeitskräfte dann kommen sollten. Wünschenswert wären da natürlich vor allem Leute aus dem *Vorarlberg* oder aus *Süddeutschland*. Aber dort benötige z.B. die französische Besatzungsmacht, wie im Gespräch ausdrücklich betont wird, die Leute für den Wiederaufbau, und so seien aus diesen Gebieten im Kanton Zürich nur gerade etwa hundertzwanzig fremde Arbeitnehmer aufgetaucht.

So sei es klar, dass vor allem *Italien* in Frage komme, und zwar brauche es in erster Linie Arbeiter für die Landwirtschaft, dann für den Bau, freilich auch

Ankunft spanischer Arbeiter im Bahnhof Genf in den fünfziger Jahren.

für das Gastgewerbe und die Textilindustrie, wo dann «vor allem weibliche Arbeitskräfte notwendig wären». Der Interviewer fragt kühn, ob denn der zu erwartende Import von Arbeitskräften genüge? Der Regierungsrat sagt strikte: «unmöglich», und erinnert daran, dass während der Kriegsjahre allein 20 000 Jugendliche immer wieder zum Arbeits-einsatz aufgeboten worden seien, neben einigen Tausend Erwachsenen, und schliesst das zwölf Minuten dauernde Gespräch im «Echo der Zeit» mit den schönen Worten ab: «Jugendliche werden nach wie vor unseren Landwirten helfen müssen, die Ernte einzubringen, damit wir im nächsten Winter Brot haben und leben können.»

«Merkwürdig» allerdings, was da schon so früh alles auf den Punkt gebracht wurde. Etwa von 1950 an hat sich das Wort «*Fremdarbeiter*» im helvetischen Wortschatz etabliert – und damit klar gemacht, worin das wirkliche politische Problem in diesem Land besteht: die Fremden, die uns schon zu «überfremden» drohen. 1964 kommt es zu einer ersten Überfremdungsinitiative, nachdem im selben Jahr der Bundesrat die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte kontingentiert hatte.

Worum es aber wirklich geht und immer verschärfter gehen wird, hat Max Frisch schon 1965 in einem markanten Satz auf den Punkt gebracht: «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen.» Max Frisch bringt in der Folge wie kein anderer noch einiges auf den Punkt, was diesen Staat und seinen Zustand betrifft.

Die anscheinend stille Zeit vor 1968

Doch bleiben wir noch etwas in der anscheinend so stillen Zeit vor 1968. Da ist doch in aller «Enge» schon einiges geschehen, das Text und Kontext bildet für den Zustand, in dem hierzulande mit *Fremdem und Fremden* umgegangen wird.

Man könnte vermuten, dass der re-

gierungsrätliche Ton noch an den *Sondervollmachten-Ton des Bundesrates* während des Kriegs erinnert. Die «Sondervollmachten des Bundesrates» waren denn auch erst 1949 aufgehoben worden, zwei Jahre nach der Einführung der AHV und im selben Jahr, als das so genannte *Saisonnierstatut* erlassen wurde, das bis zum Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU 2002 gültig blieb.

Drinnen und draussen geschah einiges, vor allem draussen, das drinnen den politischen Eliten (und durch sie dem «Volk» vermittelt) klar werden liess (und dem Volk auch klar gemacht wurde), dass zwar der Welt-Krieg vorbei war, aber dass ein anderer gerade begonnen hatte: der *Kalte Krieg*. Auch von dem «verschont» zu sein, konnten nur Naive glauben oder Böswillige behaupten, die klammheimlich zu «Unschweizern», zu Fremden in der Heimat geworden waren. Jahre später wird man es immer noch gleich, aber griffig auf den Punkt bringen: die «Netten» und die «Linken», beide auch nach x Affären gleich gefährlich, und deshalb immer von neuem: *Wehret den Anfängen*.

1949 schon wurde mit der *Berliner Luftbrücke* klar, wo der Feind auch für den neutralen Kleinstaat stand. Und man behielt Recht, im selben Berlin liess Ulbricht nur zwölf Jahre später 1961 die *Mauer* bauen. 1953 *Koreakrieg*. Ich erinnere mich genau, wie wir Gymnasiasten in einer stillen Innerschweizer Kantonschule, ich zwei Jahre vor der Matur, einfach staunten, was da offenbar weit weg geschah. Politisiert wurde ich dadurch überhaupt (noch) nicht; gefährlich war's dort irgendwo. Im selben Jahr, 1953, ging das *Fernsehen* hierzulande, viel später als anderswo, zum ersten Mal auf Sendung. 1957 staunte man auch in der Schweiz über diese Russen und ihren *Sputnik*. Waren die etwa doch stärker, als man gemeint hatte, stärker sogar als die USA, die wohl auch uns beschützten?

Da war Vorsicht gefragt nach innen

und nach aussen, gegenüber allem, was uns da kam. 1951 zum Beispiel findet der Bundesrat, für die Frage des *Frauenstimmrechts* sei es «noch zu früh». Wollte man auch hier den Anfängen wehren? Im selben Jahr trat man der *Genfer Flüchtlingskonvention* bei; man hatte auch die Frage der Flüchtlinge noch nicht selbst gesetzlich geregelt. Und wissen konnte man schliesslich nie. Auch die Frauen meldeten sich wieder zu Wort: die SAFFA 1958, die schweizerische Ausstellung, die zeigte, was Frauenarbeit in dem Land bedeutete. Geblieben ist nur noch das SAFFA-Inselchen, und 1959 verweigerten die Schweizer Männer mit einer Zweidrittel-Mehrheit den Schweizer Frauen das Stimmrecht, das Recht «in die eigenen Angelegenheiten einzugreifen» (Max Frisch), politisch auch, als Citoyennes.

Im gleichen Jahr etablierte sich etwas, das lange dauern sollte, die «*Zauberformel*» mit dem Einzug eines zweiten Sozialdemokraten in den Bundesrat. Die vor kurzem noch als zu gefährliche «Sozis» Beobachteten schienen nun die dringend benötigte helvetische «Konkordanz» kaum mehr stören zu können, waren sogar für über vierzig Jahre nötig für deren Konsistenz. In diesen selben Jahren, 1959 und 1960, wurde die IV eingeführt, und die Bewohner/innen dieses Landes erhielten mit dem «*Blick*» endlich die Möglichkeit, sich boulevardartig informieren zu lassen. Das alles zeigt skizzenhaft, aber vielleicht doch ziemlich deutlich, wovor man sich auf dieser Insel im Meer der Welt nicht mehr zu fürchten brauchte – und wovor halt eben nach wie vor!

Die Politisierung der «Ungarn»-Generation

Dabei aber blieben die zwei vielleicht am tiefsten reichenden Ereignisse für die Schweiz vor den sechziger Jahren ausgeblendet. Beide brachten *Flüchtlinge* ins Land, für die wir die besten Gründe hatten, sie aufzunehmen. Die, die uns da 1956 und dann noch einmal 1961 kamen, gehörten offenbar sogar mehr

zu uns als die «Fremdarbeiter», die wir für unsere Wirtschaft brauchten; das waren «Menschen», die uns da kamen, mit ihnen konnten wir unserer «humanistischen Tradition» sicher sein.

Die breite Empörung über die *rus-sischen Panzer in Budapest* war echt, vielleicht sogar heftiger als sonstwo in Europa, und der vorbehaltlosen Aufnahme der Flüchtlinge wurde in weitesten Kreisen spontan zugestimmt. Nicht nur das, man war weit herum auch bereit, etwas zu tun für diese Menschen. Ich erinnere mich sehr genau an die Stimmung in jenen Tagen. Ich war seit einem Jahr Student an der Uni, Germanistik, Philosophie. Natürlich spendeten wir Blut, natürlich malten wir Kerzen und verkauften

sie an Ständen. An denselben Ständen, an denen ich stand, stand zum Beispiel auch die etwa gleichaltrige spätere *erste Bundesrätin*.

Wir wurden durch die Ereignisse in Ungarn alle politisiert, alle zunächst einmal gleich, gegen eine brutale Machtentfaltung gegen ein ganzes Volk. An der Uni herrschte eine *seltsame Aufgeregtheit*, frau/man wollte etwas tun. Ich erinnere mich, dass Aktionen der wilderen Art geplant wurden: mit einem VW-Bus an die österreichisch-ungarische Grenze fahren, ein älterer Kommilitone liess durchblicken, das Gewehr, das er als Soldat zuhause habe, habe dann wohl auch noch Platz im VW-Bus. Da erschrak ich zum ersten Mal. Und dann zirkulierten in den dauernden Diskussionsrunden unvermittelt Broschüren, eine hiess, wenn ich mich richtig erinnere, «Der klare Blick» und erschien während einiger Zeit regelmässig.



Grenzkontrolle im Bahnhof Genf (Bilder aus: «A la rencontre de la Suisse», Lausanne 1975).

Die Studierenden, die *zukünftige Elite des Landes*, sollten nicht nur idealistisch hilfsbereit sein den Flüchtlingen gegenüber. Das war zwar begrüssenswert. Aber die Studierenden mussten jetzt vor allem *aufgeklärt* werden über die Lage, die Lage der Welt, und das hiess, dass Krieg war, kalter zwar, aber jetzt in Budapest heiss geworden, und die Lage, in der sich die Schweiz befand in dieser Welt.

Die Broschüren, Handzettel, Aufforderungen kamen zwar aus den verschiedensten Ecken, aber die gewichtigen mit Analysen zur Lage stammten aus dem Umfeld, das in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden war und im Verlaufe der Geschichte unter unterschiedlichen Namen firmierte. «*Geistige Landesverteidigung*» war die ursprüngliche Idee gewesen. *Philipp Etter* hatte schon 1938 in einer «Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung» formuliert, was von nun an «Credo» und «Magna Charta» für den schweizerischen Staat sein sollte:

«Der schweizerische Staatsgedanke ist nicht aus der Rasse, nicht aus dem Fleisch, er ist aus dem Geist geboren. Es ist doch etwas Grossartiges, etwas Monumentales, dass um den Gotthard, den Berg der Scheidung und den Pass der Verbindung, eine gewaltig grosse Idee ihre Menschwerdung, ihre Staatswerdung feiern durfte, eine europäische, eine universelle Idee: die Idee einer geistigen Gemeinschaft der Völker und der abendländischen Kulturen!» Das sei, so die Botschaft weiter, «nichts anderes als der Sieg des Geistes über das Fleisch auf dem harten Boden des Staatlichen». Schön und halt im Zeitstil gesagt, nicht unbedingt, wo Gott hockt, aber wo dieses Land in den Jahren der Bedrohung zu hocken hatte. Alles verstehbar aus der geschichtlichen Situation, vielleicht sogar berechtigt und während langer Zeit von einem erstaunlich breiten helvetischen Meinungsspektrum mitgetragen.

Auf einer klar aufgebauten, ziemlich offiziell daher kommenden *heutigen Website*² wird unter dem Kapitel «Geistige Landesverteidigung» kühl angemerkt: «Die Geistige Landesverteidigung war allerdings weder eine staatlich gelenkte Aktion noch eine private Organisation. Vielmehr geht es um eine fast unüberschaubare Vielzahl von einzelnen Gruppen und Aktionen, die – bei aller Einigkeit gegenüber dem Faschismus – sowohl von ihrer weltanschaulichen Herkunft als auch von ihren Strategien gegenüber dem äusseren Feind her alles andere als eine einheitliche Haltung vertraten. Das macht das Phänomen Geistige Landesverteidigung schillernd und schwer fassbar. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verabschiedete sich die politische Linke der Schweiz von der Geistigen Landesverteidigung, die ihren Zweck erfüllt hatte, und orientierte sich an neuen, am Fortschritt und der Entwicklung der Gesellschaft orientierten Konzepten. Rechtskonservative Kreise versuchten dagegen bis in die frühen 1970er Jahre, an der Geistigen Landesverteidigung festzuhalten, indem das Feindbild Faschismus durch Weltkommunismus ersetzt wurde.»

Was einem Verfassungs-Patrioten an Aufklärung verpasst wurde

Ich hatte noch mehrmals in meiner staatsbürgerlichen Biographie mit diesem «Phänomen» zu tun. Als bloss hilfsdiensttauglicher *Verfassungs-Patriot*³ wurde ich z.B. auf «Heer und Haus» verwiesen, wo ich sicher sinnvollen «Dienst» am Land leisten könnte. Ich wurde sogar zu einem persönlichen Orientierungsgespräch von zuständiger Stelle ein- oder vorgeladen, nach dem ich allerdings nie mehr etwas hörte, vielmehr, ohne Angabe von Gründen, aus der Hilfsdienstpflicht entlassen wurde.

Dannzumal war mein «Fall» an zuständigem Ort offenbar bereits «geklärt» und klar. Damals, 1956, in der grossen «geistigen» Aufregung, war ich noch ein

unbeschriebenes Blatt. Ich merkte bloss, einigermaßen verunsichert, dass an der *Aufklärung*, die mir da verpasst wurde und die eindeutig aus dem offenbar eben gerade langsam verkommenden Umfeld des «Phänomens» stammte, etwas nicht ganz stimmen konnte. Als dann eine linke Buchhandlung, die ich, ich gebe es zu, immer mal wieder mit einer gewissen Scheu betrat, wüst demoliert wurde von Studenten, die wohl wie ich selbst Blut gespendet und vielleicht sogar Kerzen gemalt hatten, staunte ich zum ersten Mal wirklich, in welchem Land ich ein Patriot geworden war.

Die plötzliche Konfrontation mit Flüchtlingen aus Ungarn 1956 und dann zu Beginn der 60er Jahre aus Tibet und aus der DDR nach dem Mauerbau provozierte eine «merkwürdige» Politisierung, die die innerschweizerischen Bruchstellen vorerst mehr zu- als aufdeckte. Sichtbar allerdings war ein wahrer Ausbruch eines *Antikommunismus*, der scheinbar integral sich deckte mit der plötzlichen Liebe zu den «Flüchtlingen».

Natürlich war die Aufnahme auch dieser Flüchtlinge grossartig, genau so grossartig wie die vielen – an einer Bootist-voll-Politik vorbei und mit grösstem Mut gegen sie – in dieses Land aufgenommenen Menschen während des Zweiten Weltkriegs. Weder die Ungarn noch die Tibeter konnten etwas dafür, dass sie zu jener Zeit die «richtigen» Flüchtlinge waren nach den Konzepten geistiger Landesverteidigung. Was in persönlicher Initiative zum Beispiel geleistet wurde, dass die Flüchtlinge aus Tibet in *Rikon* wenig Jahre nach ihrer Flucht auch eine geistige Heimat finden und aufbauen konnten, bewundere ich.

Was aber insgesamt in der Politik dieses Landes Freunden und Fremden gegenüber für ein ganzes halbes Jahrhundert, bis heute, in jeder Hinsicht und auf gefährliche Weise ungeklärt bleibt, war damals schon virulent – und ist es geblieben, mehr denn je.

Damals, zu *Beginn der 60er Jahre*,

schien es, noch einige Jahre vor den grossen politischen und wirtschaftlichen Krisen, überall ein wenig zu kriseln, was das Land, nach stillen Zeiten in Aufregungen versetzen zu können schien. 1964 konnten die ersten Manifestationen und Aktionen der sog. *Jura-Separatisten* nicht mehr übersehen werden. Wer ging da fremd? Im selben Jahr erlebten wir die *Mirage-Affäre*. Befremdliches wurde sichtbar im Regierungsapparat selbst. Ein Bundesrat wurde desavouiert und ein späterer baute sich dabei als kommandierender Staatsmann für lange Zeit auf. Immerhin brachte man zum vorgegebenen Zeitpunkt noch eine Landesausstellung, die erste nach der «Landi» von 1939, zustande. Neu, zukünftig kam sie daher als «*Expo 64*». Als Lehrer an einer Kantonsschule hatte ich eine Klasse nach Lausanne zu begleiten und staunte fast mehr über den als moderne Architektur vermarkteten Armee-Igel als über *Jean Tinguely* und *Rolf Liebermann*.

Freilich hatte sich *Max Frisch* mit anderen zusammen schon ganz Anderes vorstellen können für eine zukünftige Schweiz als ausgerechnet die dann gebaute Expo 64. Frisch hatte in dem Jahrzehnt vor 1960 in den Romanen *Stiller*, *Homo faber* und im Theaterstück *Biedermann und Brandstifter* immer radikaler die Frage nach einer Identität gestellt. Die Frage betraf von Anfang an nicht nur die private Identität, sondern auch die des Staates. Kurz vor seinem Tod braucht er, wenn er den politischen Zustand des schweizerischen Staates festhält, das starke Wort «Verluderung».

Im selben Jahr, in dem die Expo 64 stattfand, wurde die erste *Überfremdungsinitiative* eingereicht, der eine ganze Reihe weiterer folgen sollte. ●

¹ Das erstaunliche Tondokument kann von www.radiotv2000.ch in bester Tonqualität herunter geladen werden.

² www.geschichte-schweiz.ch

³ Ich würde bis heute nicht zögern, mich selbst so zu etikettieren!